

Aufwärtsgang in Cancún einlegen VENRO fordert von der Bundesregierung neue Impulse für die UN-Klimaverhandlungen in Mexiko

Der Klimawandel hat weitreichende Auswirkungen auf die Armutsbekämpfung. Ohne ausreichende Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz kann es keine nachhaltigen Erfolge in der Armutsbekämpfung und für das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 geben. Beides gelingt nur im Doppelpack.

Die Industrieländer als Hauptverursacher der menschengemachten Klimaveränderungen müssen eine Vorreiterrolle bei den Emissionsminderungen spielen. Auch die Schwellenländer wie China oder Indien müssen im globalen Interesse verstärkt Klimaschutz leisten, der durch Industrieländer unterstützt werden muss. Hierdurch darf jedoch nicht das Recht auf nachhaltige Entwicklung der armen Bevölkerungsteile eingeschränkt werden.

Am 29. November beginnt im mexikanischen Cancún die 16. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention. Die Bundesregierung und die EU müssen den multilateralen Verhandlungen auf UN-Ebene neuen Schwung geben. Darüber hinaus müssen auch bilaterale Initiativen gestärkt und Allianzen geschmiedet werden, die dem internationalen Klimaschutz dienen aber auch neue Impulse für die Verhandlungen auf UN-Ebene setzen.

Aus Sicht des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO e. V.) kann die Bundesregierung im Rahmen der EU eine besondere Rolle spielen, um ein ehrgeiziges, faires und verbindliches Klimaabkommen zu ermöglichen. Die Bundesregierung muss diese Chance nutzen und sich dafür stark machen, dass in Cancún ein fester Fahrplan hin zu diesem Abkommen verabschiedet wird.

Besonders die Verhandlungsthemen Anpassung, Klimafinanzierung und Waldschutz sind in Cancún voran zu bringen, um eine Aufwärtsdynamik im Klimaschutz in Gang zu setzen.

Das Zwei-Grad-Limit rechtlich absichern

In Kopenhagen wurde 2009 lediglich eine unverbindliche Absichtserklärung, der so genannte Kopenhagen-Akkord erreicht. Aber: Auch wenn der Kopenhagen-Akkord nicht ausreichend ambitioniert ist, müssen seine Vereinbarungen als Minimalziele rechtlich in Cancún abgesichert werden.

VENRO fordert von der Bundesregierung:

1. Die Regierungen in Cancún müssen formal bestätigen, dass der globale Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt wird. Die Beschlüsse von Cancún müssen auch beinhalten, dass dieses Ziel nach unten korrigiert werden kann, wenn sich langfristig andere wissenschaftliche Erkenntnisse ergeben.
2. Die Regierungen sollten die bisher freiwillig vorgelegten Emissionsverpflichtungen verschärfen, damit sie konsistent mit dem 2-Grad-Limit sind.

Anpassung an den Klimawandel voranbringen

Vor allem auch im Bereich der Anpassung an den Klimawandel sind in Cancún Fortschritte möglich. Diese sollten beschlossen und sofort umgesetzt werden.

VENRO fordert von der Bundesregierung:

1. In Cancún eine Rahmenvereinbarung zum Thema Anpassung zu beschließen („adaptation framework for implementation“), die die Bedürfnisse der ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen priorisiert. Diese sollte folgende Aspekte beinhalten:
 - die Einrichtung eines „adaptation committee“ unter dem Dach der UNFCCC.
 - die Befassung mit dem Thema Verluste und Schäden („loss and damages“) und deren Kosten. Dies sind zum Beispiel unvermeidbare Schäden durch Meeresspiegelanstieg für die kleinen Inselstaaten. Hier sollten Mechanismen für Ausgleichszahlungen ausgearbeitet werden.
 - die ärmsten Länder (LDCs) sollten bei der Entwicklung umfassender Anpassungsstrategien speziell unterstützt werden.
 - bei Entwicklungsländern dafür zu werben, dass Auflagen zur gerechten Verwendung der Mittel in ihren Ländern im ureigenen Interesse sind, um Vertrauen aufzubauen, dass die Gelder im Sinne der ärmsten und anfälligsten Bevölkerungsschichten verwendet werden
2. Die Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung muss durch ausreichende und vorhersehbare Finanzierung sichergestellt werden, unter anderem aus dem neuen Klimafonds, ebenso wie eine insgesamt ausgewogene Verteilung der Gelder zwischen Anpassung und Vermeidung.

Klimafinanzierung: ausreichend, verlässlich, vorhersehbar und transparent gestalten

Die Frage der Klimafinanzierung ist zentral für den Erfolg in Cancún. Bei der in Kopenhagen eingeführten Schnellstartfinanzierung mangelt es an Transparenz und Ehrlichkeit, inwieweit die Gelder wirklich neu und zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. In Kopenhagen war zugesagt worden, dass die Industrieländer 2010 bis 2012 30 Milliarden US-Dollar bereitstellen. Hinsichtlich der Langfristfinanzierung zeigt der Bericht der Arbeitsgruppe Klimafinanzierung (High Level Advisory Group on Climate Change Financing – AGF), dass die im Kopenhagen-Akkord anvisierten 100 Milliarden US-Dollar für Klima-, Regenwaldschutz und Anpassung in den Entwicklungsländern mobilisierbar sind.

VENRO fordert von der Bundesregierung:

1. In Cancún muss das vereinbarte Ziel, bis 2020 mindestens 100 Milliarden US-Dollar als Klimafinanzierung für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen, als Untergrenze formalisiert werden. Ein Großteil davon sollte aus öffentlichen Geldern bestehen.
2. Die Ergebnisse der AGF müssen in den UNFCCC-Prozess eingespeist werden.
3. Ein neuer Klimafonds mit enger Anbindung an den UNFCCC-Prozess ist zu beschließen. Dieser sollte schwerpunktmäßig nationale Initiativen fördern, die integriert Anpassung, Entwicklung und Klimaschutz angehen und die Möglichkeit des Direktzugangs bieten. Dieser Klimafonds sollte in der Größenordnung von zweistelligen Milliardenbeträgen arbeiten. Dazu sollte eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, mit dem Ziel, den Fonds 2011 zu operationalisieren.
4. Die Industrieländer müssen ehrlich und transparent über die Umsetzung ihrer Schnellstartfinanzierung berichten. Unzulänglichkeiten wie die mangelnde Zusätzlichkeit sollten behoben werden.
5. Unter dem Dach der UNFCCC sollte ein Finanzierungsausschuss eingerichtet werden, der die Kohärenz und Performance der Klimafinanzierung unter der Konvention überwacht und prüft, ob die finanziellen Zusagen eingehalten werden und dem realen Bedarf entsprechen.
6. In Cancún sollte ein Prozess zur Formulierung der Finanzziele von 2013 bis 2020 eingeleitet werden. Ziel ist es, die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer vorhersagbar zu gestalten. Das 2020er-Ziel aus dem Kopenhagen-Akkord reicht hierzu nicht aus.

Die Bundesrepublik und die EU sollten beim internationalen Klimaschutz führen

Von den USA werden in den kommenden Jahren aufgrund der innenpolitischen Blockade keine Impulse für den internationalen Klimaschutz ausgehen. China will sich keinen internationalen Verifikationsmechanismen aussetzen. Aus diesem Grund sollte die EU bei den Verhandlungen eine Führungsrolle einnehmen.

VENRO fordert von der Bundesregierung:

1. Die EU muss ihr Emissionsziel auf 30 Prozent hochschrauben. Die Bundesrepublik sollte auch unabhängig von einem Beschluss der EU ihre Emissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 reduzieren.
2. Die EU sollte einseitig einer zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode zustimmen, auch wenn der Verhandlungsstrang unter der UNFCCC noch nicht in ein verbindliches Abkommen mündet. Dies sollte sie strategisch zur Koalitionsbildung mit anderen Ländern nutzen.

VENRO fordert von der Bundesregierung:

Der Schutz von Wäldern und die Verringerung der Entwaldung müssen klimapolitisch eine höhere Priorität haben und entsprechend finanziell unterstützt werden. Mechanismen zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (REDD) sind deshalb zu fördern. Diese Maßnahmen müssen auf die Treiber der Entwaldung abzielen, die speziellen Anforderungen für Biodiversität berücksichtigen und die Rechte indigener und lokaler Bevölkerungsgruppen schützen, die in und von den Wäldern leben. Die Finanzierung von Waldschutz darf nicht zu weniger Klimaschutz in Europa führen, ein Einbezug zum Beispiel in den EU-Emissionshandel ist daher abzulehnen.

Impressum:

Herausgeber
Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion:

Michael Kühn (Welthungerhilfe), Anke Kurat (VENRO), Sven Harmeling (Germanwatch)

Bonn, November 2010